



Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

# Newsletter für Arbeitnehmer

Im Neckar-Odenwald-Kreis

Ausgabe Nr. 10 November 2012



**Biete: KiTa-Platz  
ganztägige Betreuung,  
frühkindliche Förderung  
gegen 100,- Euro**

## In diesem Heft

- 1 Betreuungsgeld, der Kandidat
- 2 Was macht die Afa?
- 2 Wofür wir stehen
- 3 Was wir unter soziale  
Gerechtigkeit verstehen
- 4 Zur Rente mit 67, Interview mit  
Michael Sommer

Neu: [www.afa-nok.de](http://www.afa-nok.de)



Der Afa-Landesvorstand

**Vorsitzender:** Udo Lutz,  
**Stellvertreter:** Marion von Wartenberg, Lillo Chianta  
**Beisitzer:** Hartmut Laser, Regina Schmidt-Kühner,  
Dr. Karin Distler, Michael Seis, Cordula Becker,  
Adnan Sabah, Gisela Haupt, Helmut Roth, Michael  
Weiß, Wendelin Schmidt, Silvia Wölfle, Georg Patzek

## Betreuungsgeld ist kontraproduktiv!

Für die Städte und Gemeinden in den ländlichen Regionen ist das Betreuungsgeld kontraproduktiv weil dadurch Kindergartenplätze verhindert werden. Wir haben in unserer Stadt schon zwei Kindergärten geschlossen und ein dritter wird noch folgen weil es immer weniger Kinder gibt. Das Betreuungsgeld ist dabei eher hinderlich weil es Kindergartenplätze reduziert. Die Folge ist ein Rückgang die Verschlechterung der Versorgung. Anstatt die Gelder für den Ausbau der Kitas zu verwenden werden Mütter angehalten ihre Kinder zu Hause zu betreuen.

Das Betreuungsgeld verhindert also frühkindliche Bildung: Vor allem für Familien deren Kinder dringend Bildungschancen brauchen schafft das Betreuungsgeld einen finanziellen Anreiz, den gebührenpflichtigen Kinderbetreuungsplatz gegen eine Geldleistung einzutauschen. Gerade für diese Kinder ist frühe Förderung wichtig.

Das Betreuungsgeld hemmt Integration: gerade Kinder mit Migrationshintergrund werden häufig zu Hause betreut hier stehen wir gerade im Neckar-Odenwald-Kreis vor enormen Herausforderungen. Die Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund sollten so schnell wie möglich die deutsche Sprache, die kulturellen und sozialen Fähigkeiten lernen, damit sie überhaupt eine Chance zur Integration haben. Die Kinder brauchen gezielte Unterstützung

Das Betreuungsgeld hält Frauen vom Arbeitsmarkt fern: Während wir einen zunehmenden Fachkräftebedarf haben, schafft das Betreuungsgeld einen Anreiz für Frauen, länger aus dem Berufsleben auszusteigen. Der Wiedereinstieg wird immer schwieriger. Hinzu kommt das bereits heute Frauen stärker armutsgefährdet sind als Männer.

## Ist Peer Steinbrück der Richtige?

Wochenlang schon prasselt auf den SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück **wegen seiner Vortragshonorare Kritik** nieder. Da taucht natürlich auch die Frage auf, ob er denn der richtige SPD Kanzlerkandidat ist? "Der Wind bläst mir im Augenblick ins Gesicht. Ich weiß, dass Teile der Partei etwas davon abkriegen," meint er selber zu den Kritiken über seine Vortragshonorare.

Sigmar Gabriel platzt der Kragen: Der SPD-Vorsitzende beklagt die Angriffe auf Kanzlerkandidat Peer Steinbrück – und sieht in Deutschland bereits "amerikanische Verhältnisse" aufziehen. Gabriel nannte die Nominierung Steinbrücks eine "gute Entscheidung". "Niemand kämpft so engagiert für die Bändigung der Finanzmärkte wie Peer Steinbrück. Deshalb ist er der richtige Kanzler", sagte er. Gabriel betonte, dass es die Troika aus Steinbrück, SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier und ihm selbst weiter gebe. Wo es passe, würden die drei auch im Bundestagswahlkampf gemeinsam auftreten. "Vor allem aber bleibt die Troika das strategische Zentrum der SPD", sagte er.

Fortsetzung Seite 3



Hartmut Laser, Der AfA  
Vorsitzende im NOK, Mitglied im  
AfA-Landesvorstand.



Die **AfA** fordert schon lange den gesetzlichen Mindestlohn.

**Der Mindestlohn verhindert Lohnarmut!**

Wir fordern ein Verbot von befristeten Arbeitsverträgen ohne sachlichen Grund!

**Leiharbeit** muss verteuert und zeitlich begrenzt werden!

**Werkverträge** als neues Lohn-dumpinginstrument muss unterbunden werden.

**Die Zumutbarkeit** im SGB II muss geändert werden!

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort für Frauen **und** Männer!

## Was macht die AfA eigentlich?

Das Leitmotiv unserer politischen Arbeit ist zugleich einfach, knapp und klar: Wir stehen für mehr soziale Gerechtigkeit. Alle sollen von ihrer Arbeit in Würde leben können. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss Wirklichkeit werden, das gilt sowohl für Frauen und Männer im gleichen Job. Für uns steht der Themenbereich „Arbeit“ im Mittelpunkt. Arbeit schafft unseren Wohlstand, prägt unseren Alltag und unser gesellschaftliches Zusammenleben, die sozialen Sicherungssysteme und die Umwelt. Sie entscheidet auch über unser Einkommen und unsere Chancen in der Zukunft – und die unserer Kinder.

**Die AfA ist die größte und mitgliederstärkste Arbeitsgemeinschaft in der SPD.** Bei uns engagieren sich politisch interessierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Gewerkschafter, Betriebs- und Personalräte, Jugend- und Auszubildende Vertreter. Unser gemeinsames Ziel: In und mit der SPD für die Schaffung existenzsichernder und sozial abgesicherter Arbeitsplätze einzutreten. **Sie können bei uns immer noch mitmachen.**

## Wofür wir stehen

Die SPD packt die Probleme an. In keiner anderen Partei engagieren sich dafür so viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie wissen: Bei der Sozialdemokratie werden ihre Interessen ernst genommen, hier werden die Themen in den Mittelpunkt gerückt, die für sie wichtig sind. Die AfA solidarisiert sich mit den Protesten der Europäischen Gewerkschaften gegen die Kürzungspolitik und den Abbau von Arbeitnehmerrechten in Europa.

Längst wäre heuern und feuern in vielen Unternehmen an der Tagesordnung und der soziale Zusammenhalt unserer Gesellschaft wäre zerbrochen, wenn nicht die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für moderne Sozialsysteme, Kündigungsschutz, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Mitbestimmung in Betrieben und Verwaltungen gekämpft hätten - politisch und gewerkschaftlich.

Besonders intensiv befassen sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit diesen Themen in der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen AfA. Fast überall gibt es solch ein gezieltes Angebot der SPD für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Auch wer sich noch nicht zum Eintritt in die SPD entschließen kann, arbeitet hier mit und informiert sich.

- informieren über aktuelle Ereignisse in Betrieb, Politik und Wirtschaft,
- unterstützen Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte bei ihrer Arbeit,
- informieren auf Veranstaltungen und bei Seminaren über aktuelle Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft, über gesetzliche Grundlagen der sozialen Sicherung, der Bestimmung in Betrieben und Verwaltungen,
- bringen die Forderungen der Beschäftigten und ihrer Familien innerhalb der SPD und in den Parlamenten auf den Punkt,
- vertreten ihre Meinung in der Öffentlichkeit.

Die AfA bringt ihre politischen Forderungen auf allen Ebenen in die SPD ein. So beeinflusst sie sozialdemokratische Politik in Bund, Ländern und Kommunen. Dabei baut sie auf die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auf ihr Wissen und ihr Engagement.

## Unsere Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit

Wir, der Vorstand der AfA im Neckar-Odenwald-Kreis fordern vom strategischen Zentrum unseren Sozialdemokraten, dass die meisten von uns hier aufgeführten wichtigen Punkte in das SPD Wahlprogramm aufgenommen werden. **Dabei halten wir Peer Steinbrück durchaus für einen geeigneten Kanzlerkandidaten.** Wichtig ist für uns nur, dass Arbeitnehmerprobleme stärker in das Wahlprogramm der SPD einfließen. Unsere 9-Punkte sind nur ein Auszug von AfA-Forderungen!

### Punkt 1:

#### § 10 Zumutbarkeit gemäß Sozial-Gesetz-Buch II

Auszug: „Einer erwerbsfähigen, leistungsberechtigten Person ist jede Arbeit zumutbar, es sei denn, dass sie zu der bestimmten Arbeit körperlich, geistig oder seelisch nicht in der Lage ist“, heißt es im Gesetzestext.

Eine für uns unzumutbare Regelung, weil gerade Facharbeiter die unverschuldet in die Arbeitslosigkeit geraten, erheblich Nachteile durch den § 10 SGB II haben. Besonders wenn sie älter sind und auf dem Arbeitsmarkt schwer zu vermitteln sind. Existenzängste und eine massive Benachteiligung sind die Folge dieser Regelung, deshalb muss diese Zumutbarkeitsregel **dringend** geändert werden. Nicht die Aussage: „sozial ist was Arbeit schafft egal wie die Arbeit aussehen mag“ ist der richtige Weg, sondern: **„sozial ist nur was gute Arbeit schafft!“**

„Arbeit ist eine Quelle von Selbstachtung und von Selbstrespekt. **Die SPD darf nie wieder die Würde und den Wert der Arbeit beschädigen!** Die Arbeit ist die Quelle unseres Wohlstandes und das muss auch so bleiben“, sagt Ottmar Schreiner.

### Punkt 2:

**Ein gesetzlicher Mindestlohn** von mindestens 10,- Euro, der jährlich an die allgemeine Lohnentwicklung und das Wirtschaftswachstum anzupassen ist, ist überfällig. Arbeit ist die Quelle gesellschaftlichen Reichtums. Bei der Diskussion um den Mindestlohn geht es zuallererst um die Würde der Menschen und ihrer Arbeit. (Beschluss der AfA-Bundeskonferenz 2012)

Weil 23 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnsektor arbeiten. Mehr als sechs Millionen Menschen arbeiten für weniger als 8,50 Euro brutto pro Stunde. Rund 11 Milliarden Euro werden pro Jahr aufgewendet weil Menschen trotz Arbeit arm sind und ergänzende Unterstützungsleistungen brauchen. **Der gesetzliche Mindestlohn ist notwendig um Lohnarmut zu verhindern!**

### Punkt 3:

**Leiharbeit muss teurer werden** und zwar so teuer, dass sie keine Vollzeit Arbeitsplätze mehr ersetzen kann. Eine Leiharbeitsabgabe muss eingeführt werden, die zweckgebunden für die Weiterbildung von Arbeitslosen eingesetzt werden soll. Auch Werkverträge müssen den Leiharbeitsregelungen gleichgestellt werden. Die Betriebsrate in den Einsatzbetrieben brauchen endlich echte Mitbestimmungsrechte hinsichtlich Einsatz, Dauer und Umfang von Leiharbeitern im Betrieb. Die Deregulierung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes hat zu einem sprunghaften Anstieg der Leiharbeit seit 2003 geführt. Leiharbeit wird zur Aufweichung des Kündigungsschutzes missbraucht und um Lohndumping zu betreiben. Solche Arbeitsverhältnisse gehören massiv zurück gedrängt.

### Punkt 4:

**Befristete Arbeitsverhältnisse** ohne Sachgrund müssen endlich wieder abgeschafft werden. Solche prekären Beschäftigungsverhältnisse unterlaufen das Kündigungsschutzgesetz und dienen nur der Verunsicherung der Mitarbeiter. Ein befristetes Arbeitsverhältnis ist unmenschlich! (Beschluss der AfA-Bundeskonferenz 2012)



Peer Steinbrück

### Punkt 5:

**Betriebsübergänge** sind im BGB § 613a gesetzlich geregelt, hier müssen lediglich Schlupflöcher gestopft werden die den Missbrauch eines guten Gesetzes verhindern.

Noch immer gibt es Unternehmen, die eine Tochtergesellschaft gründen und einen niedrigen Tarifvertrag abschließen. Anschließend werden Betriebsteile oder ganze Abteilungen gemäß Betriebsübergang in diese neue Gesellschaft transferiert. Die Mitarbeiter verlieren den Schutz ihres Besitzstandes weil eben dieser neue, schlechtere Tarifvertrag der neuen Gesellschaft dann gilt. Es wird lediglich das Schild an der Tür ausgewechselt. Der Mitarbeiter arbeitet am gleichen Arbeitsplatz zu wesentlich schlechteren Konditionen. Hier muss ein Wahlrecht eingeführt werden um Lohndumping zu verhindern.

### Punkt 6:

**Prekäre Beschäftigung** muss eingedämmt werden um Alters- und Lohnarmut zu verhindern. Es kann nicht angehen das 1,2 Millionen Arbeitnehmer sich vom Staat Zuschüsse zum Lebensunterhalt holen müssen obwohl sie Vollzeit arbeiten.

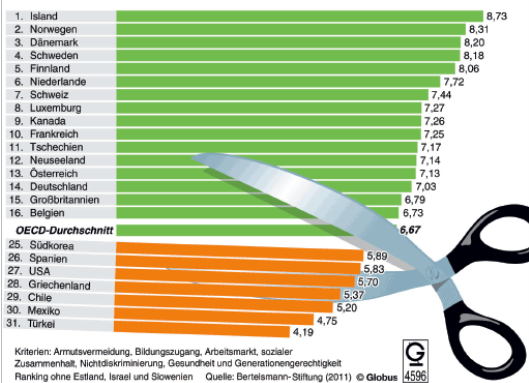
### Punkt 7:

**Die Rente muss stabilisiert werden**, das Rentenniveau muss auf dem heutigen Stand von mindestens 50 Prozent erhalten bleiben. Wenn das Rentenniveau weiter absinkt brauchen wir einen Mindestlohn von € 11,- um nach 45 Jahren Arbeit eine Rente in Höhe der Grundsicherung zu erreichen. **Die Rentenniveaufrage ist die Schlüsselfrage in der Rentendebatte!**



### Soziale Gerechtigkeit

Erreichter Rang und Indexwert ausgewählter OECD-Länder auf einer Skala von 1 bis 10 (je höher der Wert, umso höher die Gerechtigkeitsdimension)



### Deutschland am Ende der Scala

### Interview mit DGB-Chef Michael Sommer im Tagesspiegel. (Auszüge)

**Herr Sommer, ein Jahr vor der Bundestagswahl sendet die SPD den Gewerkschaften beim Thema Rente Friedensangebote. Nehmen Sie die an - und helfen Sie den Genossen im Wahlkampf?**

Dass sich die SPD in der Rentenpolitik deutlich bewegt hat, nehmen wir zur Kenntnis. Einen vergleichbaren Annäherungsprozess gab es ja bereits beim Thema Arbeit. Man kann die Agenda 2010 und den damit verbundenen Seelenverlust der SPD nicht ungeschehen machen, aber sie versucht nach vorne zu gucken. Dass sich jetzt politisch etwas bewegt, ist in Ordnung.

**Sie erwarten, dass die SPD diesmal Wort hält – und ein Kanzler Peer Steinbrück die Rente mit 67 sofort aussetzt?**

Ich gehe davon aus, dass die noch zu fassenden Beschlüsse des Parteikonvents zur Rente ins SPD-Wahlprogramm einfließen und die Maßgabe sind für alles, was danach passiert. Daran werden wir sie messen, gerade auch nach der Wahl.

**Im Streit ums künftige Rentenniveau hat sich die SPD ja bislang nicht wirklich festgelegt, und von einer Komplettabstufung der Rente mit 67 ist auch nicht die Rede. Sind Sie damit denn zufrieden?**

Wir wollen beides: den Verzicht auf die Rente mit 67 und keine Absenkung des Rentenniveaus. Wenn man jetzt auf Beitragssenkungen verzichtet und stattdessen über die Jahre moderate Anhebungen machen würde, ließe sich eine stattliche Demografiereserve aufbauen, die beides überflüssig macht.

**Ist das Modell der SPD Rente so viel besser?**

Die Idee, per Steuerzuschuss zu garantieren, dass am Ende wenigstens 850 Euro Rente herauskommen, ist uns sehr viel sympathischer. Außerdem sind dort die Voraussetzungen ganz anders. 35 Versicherungsjahre sind weit einfacher zu erreichen als 40 Beitragsjahre, die in der Koalition diskutiert werden. Zudem will die Koalition auch noch zwingend die private Vorsorge von Menschen, die sich das einfach nicht leisten können.

## Die Rente mit 67 gehört abgeschafft!

Die Rente mit 67 gehört abgeschafft oder zumindest so aufgeweicht das man nach 45 Berufsjahren auch ohne Abschläge in Rente gehen kann. Die Beitragsbemessungsgrenze muss aufgehoben werden, alle sollen unbegrenzt in die Rentenkasse einzahlen und Ansprüche erwerben können. Man kann über eine Deckelung der Rentenansprüche entscheiden. Eine Mindestrente nach einer Anzahl von Berufsjahren ist sicher der richtige Weg.

### Begründung:

Die Teilprivatisierung der deutschen Renten mit der Einführung der Riesterverträge war eindeutig der falsche Weg, hier findet eine Umverteilung zu Lasten der Arbeitnehmer statt. Die Einführung Riesterrente ist lediglich eine sprudelnde Ölquelle für die Versicherungswirtschaft. Die Anhebung des Rentenalters ist eine massive Rentenkürzung. Die Finanzmarktkrise hat das Vertrauen in die Akteure der Finanzwirtschaft grundlegend erschüttert. Die Renditeversprechen bei der privaten Vorsorge bleiben deutlich hinter den Erwartungen zurück. Nie wieder dürfen wir die berechtigten Sicherheitsanliegen der Renten der Privatwirtschaft anvertrauen.

### Punkt 8:

**Aktive Arbeitsmarktförderung stärken.** Die sinkenden Arbeitslosen-zahlen täuschen darüber hinweg, dass der Arbeitsmarkt tatsächlich tief gespalten ist. Zum einen werden immer mehr Menschen in atypische und prekäre Beschäftigungsverhältnisse gedrängt, zum anderen sind Langzeitarbeitslose und ältere Arbeitnehmer die Verlierer auf dem scheinbar erholtten Arbeitsmarkt.

Die massive Kürzung der finanziellen Mittel für die aktive Arbeitsförderung durch die Bundesregierung ist unverantwortlich. Die aktive Arbeitsmarktförderung muss wieder verstärkt aufgenommen werden, damit den Menschen wieder eine Perspektive eröffnet wird.

### Punkt 9:

**Betriebliche Mitbestimmung stärken und ausbauen.** Die AfA fordert eine umfangreiche Verbesserung der betrieblichen Mitbestimmung: Der Begriff Arbeitnehmer muss der heutigen Realität angepasst werden. Im Bereich Personal: Bei Soloselbständigen, Werkverträgen, Leiharbeit, Befristungen sowie bei Übernahmen von Ausländern und Befristeten benötigen die Betriebsräte funktionierende Mitbestimmungswerkzeuge.

Die AfA fordert dringend die Sicherstellung von Betriebsratsgründungen, deren Wahlen und der Schutz vor Nachteilen der handelnden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: Die Strafen für die Behinderung von Betriebsratswahlen, der Betriebsratsarbeit und der Arbeit der Gewerkschaften in den Betrieben und Unternehmen muss deutlich verschärft werden.

(Beschluss der AfA-Bundeskonferenz 2012)



Michael Sommer

Wir können hier nur einen Bruchteil unserer tatsächlichen Forderungen veröffentlichen. Die Beschlüsse der AfA Bundeskonferenz 2012 beinhalten ein ganzes Forderungskonzept, dass wir aktiv unterstützen. Wenn das unsere SPD in ihr Wahlprogramm aufnimmt dann sind wir auf dem richtigen Weg!